



Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität | Postfach 31 60 | 55021 Mainz

Vorsitzender des Ausschusses für
Klima, Energie und Mobilität
Herrn Gerd Schreiner, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/2249
VORLAGE

DER STAATSEKRETÄR

Kaiser-Friedrich-Straße 1
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Poststelle@mkuem.rlp.de
<http://www.mkuem.rlp.de>

14. Juli 2022

Mein Aktenzeichen
0102-0001#2022/0086-1401
MB.0014

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail
MB2-Landtag@mkuem.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-5365
06131 16-175365

Sitzung des Ausschusses für Klima, Energie und Mobilität vom 24. März 2022

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der oben genannten Sitzung wurde zum

TOP 1.b) Erdgasversorgung für Rheinland - Pfalz
Antrag der Fraktion der CDU, Vorlage 18/1468

zugesagt, den Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen. Dieser ist in der Anlage beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Michael Hauer

1/6

Verkehrsanbindung

☺ Sie erreichen uns ab Hbf. mit den Linien 6/6A (Richtung Wiesbaden), 64 (Richtung Laubenheim), 65 (Richtung Weisenau), 68 (Richtung Hochheim), Ausstieg Haltestelle „Bauhofstraße“. ☺ Zufahrt über Kaiser-Friedrich-Str. oder Bauhofstraße.

Parkmöglichkeiten

Parkplatz am Schlossplatz
(Einfahrt Ernst-Ludwig-Straße),
Tiefgarage am Rheinufer
(Einfahrt Peter-Altmeier-Allee)



Sprechvermerk zu TOP 1.b) Erdgasversorgung für Rheinland - Pfalz, Antrag der Fraktion der CDU, Vorlage 18/1468, AKEM vom 24.03.2022

Seit Tagen sind unsere Augen auf die Ukraine gerichtet. Unsere Gedanken sind bei den Menschen vor Ort sowie der großen Zahl gerade an Frauen und Kindern, die sich auf der Flucht befinden.

Der aggressive Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat auch die Sicherheit unserer Energieversorgung in einem bisher nicht gekannten Maße in den Fokus nicht nur der Energiewirtschaft oder der Industrie, sondern insbesondere auch der Bürgerinnen und Bürger gerückt.

Russland gehört weltweit zu den wichtigsten Lieferländern von Erdgas, aber auch von Erdöl, Kohle und Uran. Entsprechend den energiestatistischen Daten des Bundeswirtschaftsministeriums betrug im Jahr 2020 Russlands globaler Anteil bei der Gewinnung von Uran ca. 6%, bei der Steinkohle ca. 7,5%, beim Erdöl ca. 12% sowie beim Erdgas ca. 23,5%.

Im europäischen Vergleich ist Deutschlands Abhängigkeit von russischer Steinkohle, Erdgas und Erdöl besonders hoch. Nach Angaben des Vereins der deutschen Kohleimporteure wurden in 2020 fast 46% der deutschen Steinkohleimporte aus Russland bezogen. Entsprechend den Daten des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) betrug der Anteil Russlands an den deutschen Rohölimporten in 2021 ca. 34%.

Bei den Erdgasimporten ist der Anteil Russlands an den deutschen Erdgasimporten insbesondere in den letzten 5 Jahren von ca. 35% auf ca. 55% erheblich gestiegen.

Gründe hierfür liegen u. a. in der seit Jahren zurückgehenden Erdgasförderung in den Niederlanden, aber auch in Norddeutschland.

Rheinland-Pfalz weist wiederum im Bundesvergleich eine hohe Abhängigkeit vom fossilen Energieträger Erdgas auf. So betrug der Anteil von Erdgas am rheinland-pfälzischen Primärenergieverbrauch (PEV) im Jahr 2019 ca. 38,7% und lag damit nur knapp hinter dem Anteil von Mineralöl- und Mineralölprodukten von 39,8%. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Landesamts ist der Beitrag von Erdgas zur Deckung des Primärenergiebedarfs in 2020 sowohl hinsichtlich der verbrauchten Menge als auch des Anteils weiter gestiegen. Mit einem Anteil von ca. 40,7% am PEV liegt Erdgas in 2020 sogar vor den Mineralöl- und den Mineralölprodukten.



Zum Vergleich:

Auf Bundesebene betrug der Anteil von Erdgas am Primärenergiebedarf nur ca. 25,1% in 2019 sowie 26,4% in 2020. Wesentliche Ursachen für den vergleichsweise hohen Erdgasbedarf des Landes liegen insbesondere in unserer Stromerzeugungs-, aber auch in unserer Industriestruktur. So verfügt Rheinland-Pfalz über eine große Anzahl erdgasbetriebener, hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen.

Wesentliche Abnehmer für Erdgas waren in 2020 in Rheinland-Pfalz bezogen auf den Primärenergieverbrauch

- die Industriekraftwerke mit ca. 14%,
- die stoffliche Erdgasnutzung u. a. für die Wasserstoffherzeugung mit ca. 17%,
- die privaten Haushalte mit ca. 19% sowie
- das verarbeitende Gewerbe mit ca. 31%.

Insbesondere die chemische Industrie hat einen hohen Bedarf an Erdgas für die Erzeugung von Strom- und Prozesswärme sowie als Rohstoff für Produktionsprozesse.

Weitere Branchen mit hohem Erdgasbedarf sind die

- Herstellung von Glas- und Glaswaren sowie Keramik,
- die Papier- und Pappe-Herstellung sowie
- die Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln.

Die deutschen Erdgasspeicher weisen - Stand 14. März 2022 - einen Füllstand von ca. 25% auf. Im Vergleich zu Mitte März 2021 beinhalten die deutschen Gasspeicher auch dank des diesjährigen milden Winters derzeit nur ca. 9% weniger an Erdgas.

Sowohl die EU-Kommission als auch das Bundeswirtschaftsministerium gehen aktuell davon aus, dass bis zum Ende der diesjährigen Heizperiode keine Versorgungsengpässe auftreten werden.

Auch werden nach Angaben der russischen Gaslieferanten, wie z. B. Gazprom, die bestehenden Erdgas-Lieferverträge vollumfänglich erfüllt.



Im Zusammenhang mit Forderungen nach einem sofortigen Stopp der Importe von Gas und Öl aus Russland verweist Bundeswirtschaftsminister Habeck auf damit verbundene schwerste wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen.

Wie bereits dargelegt wäre Rheinland-Pfalz in besonderem Maße von einem Erdgasimportstopp betroffen. Um es klar zu sagen: Kurzfristig umsetzbare Alternativen zum Einsatz von Erdgas in der Industrie, aber auch in den privaten Haushalten bieten sich in dem erforderlichen Umfang aktuell nicht an.

Der §53a Energiewirtschaftsgesetz verpflichtet Gasversorgungsunternehmen bei Versorgungsengpässen zur vorrangigen Belieferung von Haushaltskunden und grundlegenden sozialen Diensten oder öffentliche Verwaltung sowie von Fernwärmeanlagen, die diese Bereiche versorgen. Nach Angaben des MWVLW fokussieren sich die Unterstützungs-Instrumente der Landesregierung zur Unternehmensfinanzierung auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und sind im Kontext des europäischen Beihilfenrechts aufgesetzt. Im Rahmen des Landesförderprogramms „Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz gewerblicher Unternehmen“ werden rheinland-pfälzische Unternehmen beispielsweise bei der Steigerung ihrer Energie- und Ressourceneffizienz unterstützt. Für größere Unternehmen kommen ggf. Förder-, Bürgschafts- oder Kreditinstrumente des Bundes in Frage. Dieser prüft aktuell entsprechende Maßnahmen.

Mittel- und langfristig können nur die Erneuerbaren Energien Versorgungssicherheit garantieren. Die notwendigen Bedingungen für einen schnelleren Ausbau der Erneuerbaren Energien werden von der Bundesregierung, sowie von der Landesregierung, z.B. i.R. der LEP Fortschreibung, in diesem Jahr geschaffen. Auf Bundesebene ist z.B. die Überarbeitung des EEG bereits in die Wege geleitet. Die Wirkungen werden wir aber erst in den kommenden Jahren sehen. Aber auch der sparsame und effiziente Einsatz von Energie bekommt vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine eine neue, wesentlich stärkere Bedeutung. Auf Bundesebene werden die KfW-Programme zur energetischen Sanierung von Wohnraum weiterhin intensiv unterstützt. Die Energieagentur Rheinland-Pfalz und die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz stehen den Unternehmen, den Kommunen sowie den privaten Haushalten mit kompetenten Erstinformationen unterstützend zur Verfügung. Auch Maßnahmen im Bereich des Straßenverkehrs zur Minderung des Treibstoffverbrauchs werden intensiv diskutiert, womit auch die Bedeutung eines gut ausgebauten ÖPNV weiter steigt. Dabei kämpfen wir weiter für die



im Koalitionsvertrag vereinbarte, bisher aber verweigernde Erweiterung der Regionalisierungsmittel für unsere kommunalen Aufgabenträger und Verkehrsanbieter.

Außerdem gilt es, die mit der aktuellen Versorgungssituation einhergehenden Preissteigerungen gerade für Familien mit geringen Einkommen abzufedern. Die Bundesregierung hat hier mit der vorgezogenen Abschaffung der EEG-Umlage, der Verdopplung des geplanten Heizkostenzuschusses und dem Kindersofortzuschlag wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht. Weitere Entlastungsmaßnahmen wurden gerade heute Nacht vereinbart. Dies unterstützen wir sehr.

Auf europäischer und nationaler Ebene werden zudem aktuell eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um unabhängiger von Erdgas-Importen aus Russland zu werden und die Erdgasversorgung in den kommenden Jahren zu sichern. Als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg plant die EU-Kommission, die Einfuhren von Gas aus Russland bis Ende des Jahres um zwei Drittel zu reduzieren. Ab 2027 soll die EU dann komplett unabhängig von russischen fossilen Brennstoffen sein. Ein entsprechender Vorschlag soll bis Mitte Mai dieses Jahres von der EU-Kommission vorgelegt werden.

Auf nationaler Ebene hat das Bundeswirtschaftsministerium am 24. Februar 2022 einen Vorsorgeplan mit dem Titel „Stärkung der Krisenvorsorge zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit“ veröffentlicht. Der Vorsorgeplan sieht verschiedene Maßnahmen vor, um die Versorgungssicherheit beim Erdgas zu stärken. Hierzu gehören Sonderausschreibungen, die in Absprache zwischen BMWK, Bundesnetzagentur und Gaswirtschaft ergriffen werden, um zusätzliches Gas am Markt einzukaufen. Entsprechende Sonderausschreibungen konnten bereits im Dezember 2021 sowie im Februar 2022 erfolgreich am Markt platziert werden, weitere sollen bei Bedarf im März und April folgen. Die Bundesregierung hat dafür am 2. März 2022 kurzfristig 1,5 Mrd. € zur Verfügung gestellt. Weiterhin soll durch die Einführung gesetzlich vorgeschriebener Mindestfüllstände für Gasspeicher eine nationale Gasreserve aufgebaut werden. Ein Referentenentwurf für die dazu erforderlichen gesetzlichen Regelungen soll kurzfristig in die Ressortabstimmung gehen und eilbedürftig im Parlament verhandelt werden. Die Gesetzesänderung soll bereits zum 1. Mai 2022 in Kraft treten, damit frühzeitig mit der Einspeicherung von Gasimporten begonnen werden kann. Darüber hinaus soll der Bau von zwei Anlandeterminals für verflüssigtes Erdgas (LNG) vorangetrieben werden. Dadurch soll eine stärkere Diversifizierung der Gasimporte erreicht werden. Aber lassen Sie uns



an dieser Stelle auch Klartext sprechen: Wichtige Exporteure von LNG sind aktuell Länder wie Katar, Algerien, Nigeria oder die USA, d.h. z.T. aus Staaten mit einem nicht mit unseren Wertevorstellungen vereinbaren Demokratieverständnis oder aber aus fragwürdigen und umweltschädigenden Förderverfahren wie dem Fracking in den USA. Die neue Infrastruktur soll Wasserstoff-ready ausgeführt werden, um sie später für den Import von klimaneutralem grünen Wasserstoff zu nutzen.

Am 4. März 2022 haben die Kreditanstalt für Wiederaufbau im Auftrag der deutschen Bundesregierung, mit der niederländischen Gasunie (zu 100 % in niederländischem Staatsbesitz) und RWE ein Memorandum of Understanding (MoU) zur gemeinsamen Errichtung eines Terminals für den Import von Flüssigerdgas (LNG) am Standort Brunsbüttel unterzeichnet. Als weitere mögliche Standorte für LNG-Terminals werden in der öffentlichen Diskussion auch Stade und Wilhelmshafen in Betracht gezogen.

Die aktuelle Ukraine-Krise zeigt sehr deutlich die Notwendigkeit, die Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen vorrangig und mit höherem Tempo ausbauen, um für unsere Bürgerinnen und Bürger sowie für unsere Wirtschaft die Energieversorgung zu sichern und die Energiepreise planbar zu gestalten. Vor diesem Hintergrund gilt es dringender denn je, den Ausbau der Erneuerbaren Energien beschleunigt umzusetzen und das Ziel der Klimaneutralität in 2035 bis spätestens 2040 im Land zu erreichen.